

Sachdokumentation:

Signatur: DS 554

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/554



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Positionspapier Aussenpolitik

verabschiedet von der Delegiertenversammlung am 28. Januar 2017 (redaktionelle Änderungen bleiben vorbehalten)

Grundsätzliches

Die Grünliberalen treten für eine aktive Aussenpolitik der Schweiz ein. Unser Land soll international eine wichtige Rolle spielen, sowohl zur Verteidigung unserer eigenen Interessen wie auch zur Förderung unserer Werte in der Welt. Der Anspruch auf die Besetzung wichtiger Positionen in internationalen Gremien unterstreicht dieses vielfältige Engagement. Gute Beziehungen zu unseren Nachbarländern und zur Europäischen Union sind zentral für die Entwicklung der Schweiz und sollen entsprechend gepflegt werden. Die Grünliberalen bekennen sich zur Neutralität der Schweiz, befürworten die Weiterführung der humanitären Tradition des Landes und setzen sich weltweit für die Einhaltung der Menschenrechte ein.

Die Grünliberalen fordern eine nachhaltige Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, sowohl im Inland wie auch im Ausland. Globale Probleme können nur in Zusammenarbeit mit anderen Staaten gelöst werden. Für den Kleinstaat Schweiz ist die multilaterale Diplomatie zur Durchsetzung ausserpolitischer Ziele besonders wichtig.

Mit Genf verfügt die Schweiz über ein Zentrum der multilateralen Diplomatie und einen einzigartigen Zugang zur Welt. Diesen gilt es zu erhalten und angesichts der Konkurrenz mit anderen Weltstädten, die für multilaterale Organisationen für sich gewinnen möchten, weiterzuentwickeln. Im Zeitalter der globalen Vernetzung ist die multilaterale Diplomatie ein wirkungsvolles Instrument für eine effektive Aussenpolitik, die der Neutralitätstradition der Schweiz gerecht wird. Entsprechend befürworten die Grünliberalen ein hohes Engagement der Schweiz in den internationalen Organisationen, unter anderem in der UNO, EFTA, WTO oder Weltbank.

1. Beziehungen zur EU und Europa-Politik

Die Schweiz ist kulturell, sozial, wirtschaftlich und politisch eng mit den anderen Ländern Europas verflochten. Die Grünliberalen setzen sich dafür ein, dass die gutnachbarschaftlichen Beziehungen auf allen Ebenen weiterhin gepflegt werden und dass Institutionen zu fördern sind, die dieses Ziel auf gesamteuropäischer Ebene voranbringen.

1. Die Grünliberalen setzen sich für eine stabile, langfristig abgesicherte und belastbare Partnerschaft mit der Europäischen Union ein.

Das EU-Recht entwickelt sich fortlaufend weiter. Eine regelmässige Erneuerung und eine institutionelle Anpassung des bilateralen Wegs werden dadurch unumgänglich. Nur so kann eine Erosion des Status quo vermieden werden. Die Grünliberalen streben an, die Beziehungen mit der EU zu intensivieren und die Mitbestimmungsrechte der Schweiz zu stärken.

2. Die Grünliberalen befürworten den bilateralen Weg und seine Weiterentwicklung.

Der freie Austausch von Ideen und Personen zwischen der Schweiz und der EU stellt eine gegenseitige Bereicherung dar. Viele Schweizerinnen und Schweizer leben, arbeiten oder studieren in EU-Ländern. Die Schweiz profitiert von Fachkräften aus dem EU-Raum, die zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes beitragen. Neben den vielen Vorteilen birgt die Personenfreizügigkeit aber auch Herausforderungen, die beispielsweise mit flankierenden Massnahmen angegangen werden müssen.

3. Die Grünliberalen befürworten den freien Personenverkehr mit der EU und anerkennen ihn als festen Bestandteil der engen bilateralen Beziehungen zur EU.

Gesamteuropäische Organisationen wie der Europarat oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) spielen eine wichtige Rolle für Frieden und Stabilität, den Wiederaufbau nach Konflikten sowie den Abschluss von völkerrechtlich verbindlichen Abkommen. Diese Abkommen betreffen zentrale Themen wie Menschenrechte, rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien, Kultur, Wirtschaft, Soziales, Umwelt oder Naturschutz.

4. Die Grünliberalen befürworten die Stärkung von gesamteuropäischen Organisationen wie des Europarates oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

2. Umweltaussenpolitik

2.1 Internationale Klimapolitik

Die steigenden Treibhausgasemissionen und der dadurch verursachte Klimawandel bilden eine der grössten Gefahren für uns und für zukünftige Generationen. Der Klimawandel kennt keine nationalen Grenzen, weshalb das Problem nur global gelöst werden kann. Dies gilt jedoch nicht als Entschuldigung für die Untätigkeit im eigenen Land. Eine nationale Pionierrolle kommt der Umwelt zu zugute und verschafft der Wirtschaft Vorteile.

5. Die Grünliberalen fordern eine effektive Umsetzung von Massnahmen im In- und Ausland zur globalen Reduktion der Treibhausgas-Emissionen, um den Anstieg der globalen Erwärmung auf klar unter 2 Grad zu begrenzen.

Die Grünliberalen fordern eine konsequente Umsetzung der UNO Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und befürworten ein aktives Engagement der Schweiz für ein global gültiges und rechtlich bindendes Klimaabkommen.

Die Schweiz kann und soll eine Vorreiterrolle mit ehrgeizigen Zielen übernehmen und mit innovativen Vorschlägen zur Lösung von globalen Umweltproblemen beitragen. Die Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Schwellenländern ist elementar für die Einhaltung des globalen Klimaabkommens und die Begrenzung der globalen Erwärmung auf klar unter 2 Grad.

Wachstum unter Einhaltung von Reduktionszielen ist kurzfristig mit einem finanziellen Aufwand verbunden. Wir befürworten, dass die Industrienationen die wirtschaftlich schwächeren Länder bei der Umsetzung ihrer Massnahmen finanziell unterstützen. Die Einführung einer globalen CO₂-Abgabe erachten wir für sinnvoll, um die Klimaschutzziele zu erreichen: die Abgabe unterstreicht einerseits das Verursacherprinzip und schafft überdies finanzielle Anreize, die CO₂-Emissionen zu reduzieren.

2.2 Effektiver Umweltschutz weltweit

Der Erhalt unserer natürlichen Umwelt ist für das ökologische Gleichgewicht und das Wohlergehen aller Lebensformen grundlegend. Die Grünliberalen fordern eine Aussenpolitik, die sich weltweit für den Schutz natürlicher Lebensräume und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen einsetzt.

Die Grünliberalen fordern die Umsetzung bereits existierender Abkommen im Bereich der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen und befürworten die Entwicklung von weiteren internationalen Abkommen mit dieser Stossrichtung. Mittels Lenkungsabgaben und Förderungsbeiträgen sollen auf internationaler Ebene wirtschaftliche Anreize geschaffen werden, um die Umwelt besser zu schützen.

6. Die Grünliberalen fordern ein aktives Engagement der Schweiz für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen weltweit. Das bedeutet, der Umweltverschmutzung Einhalt zu gebieten, natürliche Ressourcen (Wald, Wasser, Boden, Landschaft, Luft etc.) nachhaltig zu nutzen und die Artenvielfalt zu erhalten.

Wir setzen uns ein für global bindende Grenzwerte für Schadstoffe und unterstützen das Engagement der Schweiz im internationalen Chemikalienbereich. Wir befürworten die Ratifikation und effektive Umsetzung von Konventionen, die auf dem Verursacherprinzip beruhen, wie etwa der Quecksilberkonvention.

3. Internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik

3.1 Freihandel

Die Grünliberalen begrüßen eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine verantwortungsvolle Handelspolitik der Schweiz. Handel ist für die weltoffene, exportorientierte Schweiz zentral und fördert überdies Frieden und Wohlstand weltweit, sofern das Handelssystem auf Fairness beruht und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist.

7. Die Grünliberalen bekennen sich zum Freihandel.

Die Schweiz soll Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards konsequent in Handelsabkommen einbinden; regelmässige Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen sollen dabei obligatorisch sein. Nur so kann einem Umwelt- und Sozialdumping durch Freihandels- und Investitionsschutzabkommen entgegengewirkt werden. Wesentlich ist zudem ein Wirkungsnachweis, welcher die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit „Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft“ umfasst.

8. Die Grünliberalen fordern eine stärkere Gewichtung von Menschenrechts- und Umweltstandards bei der Aushandlung von bi- und multilateralen Handelsabkommen sowie einen Nachhaltigkeitsnachweis.

3.2 Internationale Finanzpolitik

In Finanzfragen ist die Schweiz international ein relevanter Akteur. Dies hat positive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand in der Schweiz. Ein international bedeutender Finanzplatz bringt aber auch eine internationale Verantwortung mit sich.

9. Die Grünliberalen befürworten einen wettbewerbsfähigen und langfristig stabilen Finanzplatz und fordern daher ein entsprechendes Engagement.

Es liegt im Interesse und in der Verantwortung der Schweiz dafür zu sorgen, dass der hiesige Finanzplatz und die Schweizerischen Gesetze nicht zur Umgehung von ausländischen Gesetzen, namentlich Steuergesetzen, missbraucht werden können.

Der Druck aus dem Ausland sinkt nur, wenn die Schweiz diese Verantwortung wahrnimmt. Die Bekämpfung von Missbräuchen muss von der internationalen Konkurrenz des Schweizer Finanzplatzes gleichermassen mitgetragen werden. Ausserdem fordern die Grünliberalen, dass die Schweiz regelmässig ihre Strategie zur Bekämpfung der Geldwäscherei und internationalen Steuerflucht überprüft. Sofern erforderlich soll sie sich zudem auf internationaler Ebene für eine Verschärfung in Richtung eines fairen Wettbewerbs einsetzen.

10. Die Schweiz soll sich im Rahmen relevanter internationaler Organisationen konstruktiv und aktiv an der Ausarbeitung allgemeingültiger internationaler Standards für Finanzplätze beteiligen, insbesondere bezüglich Bekämpfung der Geldwäscherei und der internationalen Steuerflucht. Zudem fordern die Grünliberalen, dass die Schweiz ihr Dispositiv zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der internationalen Steuerflucht regelmässig überprüft.

3.3 Internationale Standortpolitik

Dank den liberalen Rahmenbedingungen, einem attraktiven Arbeitsmarkt mit gut ausgebildeten Arbeitskräften, dem guten Zugang zu Absatzmärkten, starken rechtstaatlichen Institutionen und moderater Steuerlast ist die Schweiz ein attraktiver Wirtschaftsstandort.

11. Die Grünliberalen wollen die internationale Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz erhalten und setzen sich daher dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft in multilateralen Foren verhandelt und in internationalen Abkommen vereinbart werden.

Die Präsenz vieler multinationaler Unternehmen ist für die Schweiz von zentraler Bedeutung. Solche Unternehmen tragen zum Wohlstand unseres Landes bei und verleihen ihm international Gewicht. Dieser Vorteil bringt aber auch Verantwortung mit sich.

12. Die Grünliberalen engagieren sich für die zur Vermeidung von Korruption notwendige Transparenz. Dies stärkt den Schweizer Wirtschaftsplatz nachhaltig. Diesbezüglich sollen in der Schweiz vergleichbare Auflagen wie in den wichtigsten OECD-Staaten gelten.

Schweizer Unternehmen sollen Verantwortung für nachhaltige Produktions- und Zulieferungsketten wahrnehmen und sich glaubwürdig für ökologische und gesellschaftliche Grundbelange engagieren.

13. Die Grünliberalen fordern, dass in der Schweiz ansässige Unternehmen ihre Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte und bei der Erreichung der Umweltziele wahrnehmen. Zudem sind Anreizsysteme zu fördern, welche die Zielerreichung begünstigen.

4. Entwicklungspolitik

4.1 Humanitäre Hilfe

Das humanitäre Engagement für die Notleidenden in der Welt ist tief im Schweizer Selbstbewusstsein verankert. Die wichtigsten humanitären Organisationen wie das Internationale Rote Kreuz oder das UN Hochkommissariat für Flüchtlinge haben ihren Hauptsitz in Genf.

14. Die Grünliberalen stellen sich hinter die Fortführung der humanitären Tradition der Schweiz und fördern den Standort Genf als Welthauptstadt für humanitäre Belange.

4.2 Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) ist ein wichtiger Bestandteil der Schweizerischen Aussenpolitik. Die Entwicklungszusammenarbeit operiert in einem labilen und schwierigen Umfeld, in welchem das gezielte Eingehen von Risiken Erfolge bringen kann. Das Hauptziel der EZA ist es, die Armut in der Welt zu reduzieren. Zusätzlich soll sie einen Beitrag zur politischen Stabilität, zur Rechtsstaatlichkeit und zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum leisten. Die Grünliberalen setzen sich für eine zielgerichtete und effiziente Entwicklungszusammenarbeit ein, wobei die Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund stehen soll. Die Schweizer EZA soll sich zur Umsetzung ihrer Ziele konsequent an der Pariser Erklärung vom März 2005 zur Steigerung der Wirksamkeit orientieren. Die Grünliberalen unterstützen die beschlossene Aufstockung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0.5% des Bruttoinlandprodukts. Eine darüber hinausgehende Aufstockung ist mittel- und langfristig im Hinblick auf die Einhaltung internationaler Vereinbarungen (0.7% des BIP) anzustreben.

15. Die Grünliberalen verlangen eine Entwicklungspolitik, die sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit, der Hilfe zur Selbsthilfe und der Eigenverantwortung orientiert.

In den kommenden Jahren soll die Schweiz eine stärkere thematische und geographische Fokussierung der Entwicklungshilfe anstreben. Zudem soll sie das Engagement verstärkt auf Nachhaltigkeit ausrichten, besonders im ökologischen Bereich.

16. Die Grünliberalen fordern eine verstärkte Kohärenz zwischen der Entwicklungszusammenarbeit und anderen Politikfeldern, besonders in den Bereichen Landwirtschaft, Forschung, Finanzmarkt, Migration, Handel, Menschenrechte und Biodiversität. Es ist dabei besonders wichtig, die Entstehung eines lokalen und nachhaltigen Unternehmertums zu fördern. Der Schwerpunkt soll auf den Regionen liegen, wo dieses Ziel effizient erreicht werden kann.

Die Grünliberalen unterstützen die 2015 von der UNO-Vollversammlung verabschiedeten 17 Ziele für eine globale, nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen), die bis 2030 dazu beitragen sollen, die Armut zu überwinden und die natürlichen Ressourcen nachhaltig zu nutzen.

5. Friedens- und Menschenrechtspolitik

Die Friedensförderung bildet seit jeher einen festen Bestandteil der Schweizer Aussenpolitik. Als neutraler Kleinstaat ohne Kolonialvergangenheit hat die Schweiz in der Vergangenheit immer wieder mit Erfolg ihre guten Dienste in Konfliktsituationen angeboten und besitzt daher eine hohe Glaubwürdigkeit und Akzeptanz bei den Konfliktparteien. Es ist an

Aufgabe der Schweiz, diese Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Sie kann zu Konfliktlösungen beitragen, was auch in ihrem Interesse ist.

17. Die Grünliberalen unterstützen das aktive Engagement der Schweiz als Vermittlerin in Konfliktsituationen und als Anbieterin guter Dienste.

Friedensfördernden Auslandseinsätzen der Schweizer Armee stehen die Grünliberalen offen gegenüber, sofern diese Einsätze international und völkerrechtlich legitimiert sowie breit abgestützt sind.

Menschenrechte sollen ein integraler Bestandteil der schweizerischen Friedenspolitik sein. Sie bilden die Grundlage für die nachhaltige Entwicklung einer Gesellschaft, garantieren aber auch die Freiheit des Einzelnen sowie dessen Schutz vor Staatswillkür. Die Grünliberalen setzen sich dafür ein, dass das Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt unabdingbarer Bestandteil menschlicher Grundrechte ist.

18. Die Grünliberalen unterstützen die Bestrebungen der schweizerischen Aussenpolitik, Menschenrechte weltweit zu fördern und zu schützen.

Die Förderung der Menschenrechte soll nicht isoliert betrachtet werden. Die grösste Wirksamkeit entfaltet die Menschenrechtsaussenpolitik im Zusammenspiel mit weiteren aussenpolitischen Themen. Die Globalisierung stellt dabei eine Chance dar, die für die Förderung der Menschenrechte genutzt werden muss. Auf multilateraler Ebene soll die Schweiz eine führende Rolle spielen in der Ausarbeitung einer bindenden Erklärung (z.B. im UNO Menschenrechtsrat) oder einer Konvention, die das Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt festschreibt.

6. Die Schweiz im Ausland

Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz sind für die Förderung der Schweizer Interessen sowie die Aufrechterhaltung des Kontaktes mit Ausland-Schweizer/innen wichtig. Die Aussenstellen sollen nicht nur Dienstleistungserbringer sein, sondern auch gezielt in Schwerpunktbereichen Kompetenzen aufbauen. Je nach Land kann dies z.B. gute Dienste, Wirtschaftsförderung oder die Vernetzung des schweizerischen Forschungsstandorts beinhalten. In diesem Kontext ist, unter Beachtung der Zuständigkeiten, die Zusammenarbeit verschiedener Bundesstellen für den gezielten Aufbau der Kompetenzen des Aussennetzes anzustreben.

19. Die Grünliberalen fordern einen kosteneffizienten Ausbau und eine regelmässige Anpassung des Aussennetzes der Schweiz mit einem gezielten Aufbau von Kompetenzen in zentralen Bereichen der schweizerischen Aussenpolitik.

Die Auslandschweizer/-innen sind ein wichtiger Teil der Schweizer Gesellschaft; die Ausübung des Stimmrechts ist ein zentrales Element der direkten Demokratie und soll daher mit möglichst wenig Aufwand verbunden sein.

20. Die Grünliberalen fordern die Vereinfachung der Ausübung des Stimmrechts für alle Auslandschweizerinnen und -schweizer.